

## 7. Verkehrte „Glokalisierung“: Unterschätzung des Einflusses geopolitischer Faktoren – und zugleich unbewußte Übertragung innerer partei- auf außenpolitische Mechanismen

Die Erosion sozialer Modelle, die an der Grundlage der zentraleuropäischen Marktwirtschaft und damit auch der gesellschaftlichen Konsensbildungsprozesse gestanden hatten, ging aber nicht nur von globalen Internet- und Kapital-Firmen aus. Sie fand auch in der nur von wenigen aktiv gewollten, aber durch Globalisierungsprozesse immer stärker struktural hergestellten Interdependenz mit andersartigen, rivalisierenden Staatsmodellen statt. Es war insbesondere die steigende infrastrukturelle, absatzwirtschaftliche und Ressourcen-Abhängigkeit von autoritären Staaten wie Russland und China, was auch Grundlagen europäischer demokratischer Verfahrensweisen abhängiger von außen machte – und sie letztlich auch in den Köpfen der Menschen schwächte.

Die wachsende Gefahr der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl, und damit von einem sich stetig verengenden, zusehends faschistoiden Regime war seit Jahren allen bekannt. Trotzdem fuhren die regierenden Volksparteien in Deutschland und Österreich damit fort, diese Abhängigkeit sogar stetig zu verstärken, etwa durch den Bau neuer Verbindungen wie „Nord Stream 2“. Die Ursache für die geostrategische Blindheit war eine Kombination von verschlepptem Stockholm-Syndrom aus dem zweiten Weltkrieg (Deutschland) mit einer selbstauferlegten universalen Friedensnaivität und der Beweisnot angeblich fortdauernder „Neutralität“ (Österreich). Dazu kam die klassische Überzeugung „friedlicher demokratischer Regime“, dass Staaten umso weniger miteinander Konflikte suchen oder gar Kriege führen, je stärker sie sich in Handel und Wirtschaft miteinander verbinden. Diese gut gemeinten „Ausgleichs- und Mitte-Politiken“, die letztlich Einbindungs- und Beschwichtigungspolitiken waren, die sich auf Selbstüberschätzung gründeten, wurden über Jahrzehnte maßgeblich von zentraleuropäischen Volksparteien vorangetragen. Ihr ultimativer Ef-

fekt war der Aggressions-Krieg des russischen Regimes unter Wladimir Putin gegen die Ukraine am 24. Februar 2024.<sup>82</sup>

Dessen ungeachtet verteidigte die ehemalige CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Putin-Politik sogar noch im Juni 2024<sup>83</sup>. In der Rechtfertigung ihrer Russland-Politik verwies Merkel (Bundeskanzlerin meist in großen Koalitionen von 2005 bis 2021) darauf, sie habe „nicht an Wandel durch Handel geglaubt, aber an Verbindung durch Handel, und zwar mit der zweitgrößten Atommacht der Welt.“<sup>84</sup> Das bedeute, dass sie keinen Regimewandel, wohl aber eine Art freundschaftliche Gemeinschaft wollte. Das war im Rückblick angesichts eines immer offener autoritären und schliesslich (proto-)faschistoiden Systems eine äusserst zweifelhafte und riskante Strategie, noch dazu in einem absolut existentiellen Kernbereich wie der Energie. Merkel brachte diese Argumentation vor, obwohl Putin sowohl im Vorfeld wie während des Krieges 2022 immer wieder ausdrücklich erklärt hatte, dass dieser Krieg im Kern nicht gegen die Ukraine, sondern gegen Europa und den Westen gerichtet sei, mit dem man sich faktisch seit langem im Krieg befinde. Es handle sich um einen Werte- und Weltanschauungskrieg zwischen Systemen handle, bei dem es um „alles“, nicht nur um Interessen oder Einzelfragen gehe.<sup>85</sup> Dieser Grundsatzcharakter, den die europäischen Volksparteien der großen Koalitionen über Jahrzehnte völlig ignoriert hatten, war auch der Grund für die massive religiöse Aufladung des Konflikts durch russische Orthodoxie und Eschatologen.<sup>86</sup> Das verdeutlichte, dass Religion ein zentrales Element internationaler Politik im Zeitalter der Re-Globalisierung ist und längst als

---

82 Vgl. Benedikter, Roland: Putin's war in Ukraine shows the limits of authoritarianism. In: The London School of Economics and Political Science LSE EUROPP blog: European Politics and Policy. Evidence-based analysis and commentary on European politics, March 18<sup>th</sup>, 2022, <https://blogs.lse.ac.uk/euoppblog/2022/03/18/putins-war-in-ukraine-shows-the-limits-of-authoritarianism/>.

83 Jackson, Patrick: Ukraine war: Angela Merkel defends her record on Putin. In: BBC Europe, 8 June 2022, <https://www.bbc.com/news/world-europe-61727450>.

84 Fabian, Philip: Es geht ums Russen-Gas: Scholz-Attacke auf Merkel. In: Bild Zeitung, 19.06.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/es-geht-ums-russen-gas-scholz-attacke-auf-merkel-80444498.bild.html>.

85 Stanovaya, Tatiana: What the West Still Get Wrong About Putin. In: Foreign Affairs, June 1, 2022, <https://foreignpolicy.com/2022/06/01/putin-war-ukraine-west-misconceptions/>. Vgl. Kirby, Paul: Why has Russia invaded Ukraine and what does Putin want? In: BBC Europe, 9 May 2022, <https://www.bbc.com/news/world-europe-56720589>.

86 Vgl. Benedikter, Roland: The Role of Religion in Russia's Ukraine War. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfASP), Volume 15/2022, Springer 2022.

entscheidender Faktor auf die Weltbühne zurückgekehrt ist<sup>87</sup> – was aber auch die christlichen Volksparteien in einer Art säkularen Globalisierungseuphorie über Jahrzehnte fast völlig ignoriert oder verdrängt hatten.

Zeitgleich ist, tendenziell noch wichtiger, der bedeutendste – und ebenfalls offen und programmatisch gegen den Westen ausgerichtete – Verbündete Russlands in diesem Krieg: China, seit Jahren dabei, mittels infrastruktureller Expansion nach Europa („Neue Seidenstraße“) bestehende Absatz-, Produktions- und Produkt-Abhängigkeiten zu verstärken – und zwar sowohl auf EU-Ebene, national wie regional und lokal.<sup>88</sup> Zu diesem Zweck werden einerseits Schuldenstämme in EU-Mitgliedsstaaten aufgebaut; andererseits Sozialpartnerschafts-Praktiken beeinflusst – unter anderem in Investitionsnationen wie Polen oder Ungarn. Das bleibt nach dem Willen der autoritären chinesischen Regierung keineswegs frei von „soft power-“ und inneren sozialpolitischen Konnotationen. Die chinesische Elite exportiert (zu verschiedenen Zwecken, darunter in erster Linie ihre eigene Stabilisierung) auch ihr Führungs- und ideologisches Modell, darunter das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft, Bürokratie, Wissenschaft und Eliten.

Ähnliches galt, auch ohne die Ukraine- und Neue Seidenstraßen-Thematiken zu berücksichtigen, in den vergangenen Jahren für die finanz- und wirtschaftspolitischen Beziehungen des deutschsprachigen Bereichs mit Russlands und Chinas Vasallenstaaten, darunter Belarus und der zentralasiatische Gürtel. Die massiven Abhängigkeiten, die sich 2022 in Energiepreiskrise, Inflation und usurpatorischen politischen Forderungen Moskaus und Pekings widerspiegeln, wurden der Führung europäischer Volksparteien offenbar erst mittels der unmittelbaren Auswirkungen des Ukraine-Kriegs Russlands in voller Tragweite bewusst. Trotz – wie im Fall der chinesischen „Neuen Seidenstraße“ – ausführlichen Warnungen vor auch systemischen Abhängigkeiten gingen die beiden großen deutschen Volksparteien auf Anraten einer „unheiligen“ Allianz ihrer Spitzenvertreter mit Lobbyisten – die, wie Gerhard Schröder, oft einst selbst Spitzenvertreter von Volksparteien waren – einen Weg, als gäbe es in Europas „post-nationalen“ Zusammenhängen keine Geopolitik mehr.

87 Vgl. Benedikter, Roland: Religion in the Age of Re-Globalization. A Brief Introduction, Palgrave MacMillan 2022, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-80857-0>.

88 Pechlaner, Harald, Erschbamer, Greta, Thees, Hannes und Gruber, Mirjam (eds.): China and the New Silk Road. Challenges and Impacts on the Regional and Local Level, Springer 2020, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-43399-4>.

Das hartnäckige Festhalten an Globalisierungsverständnissen, die offensichtlich mittel- bis langfristig zum Nachteil des eigenen Gemeinwesens geraten mussten, bewies vielen Bürgern die problematische Auswahl von Spitzenexponenten durch die Volksparteien – ebenso wie die Kurzsichtigkeit entsprechender interner „Kompromissfindungsprozesse“, die offensichtlich längst in die Jahre geraten waren. Um Unmut zu vermeiden und Führungs-Unsicherheit zu kaschieren, gab es innerhalb der Volksparteien immer öfter zu – in der Regel hoch komplexen – globalen Herausforderungen, die sich immer stärker unmittelbar auf das Eigene auswirkten, „offene Diskussionsprozesse“ mit übertrieben „partizipativen“ Mehrebenen-Abstimmungen und formalen Scheineinbindungen „der Basis“. Diese wurden dann meist durch eine „Herstellung des Konsenses“ durch die Führung beendet, ohne dass dadurch echte solidarische Übereinkunft erreicht worden wäre. Dazu kam eine narzisstisch anmutende Moralisierung der Führungsetage, die zur Rechtfertigung eigener Richtungslosigkeit und Untätigkeit diente.

Als Folge davon stellten viele Wähler Überforderungsphänomene und fehlende Personal- und Themenpassungen an neue „globale“ Zusammenhänge fest. Die Volksparteien schienen – in zuweilen allzu enger Verbindung zu nationalen Weltkonzernen und Industrien wie Teilen der Automobilindustrie – Globalisierung als ein Naturgesetz zu nehmen. Dabei tendierten sie in den Augen vieler Bürger dazu, nationale, regionale und lokale Gemeinschaftsinteressen zu vernachlässigen.

Das galt, eben im Globalisierungszusammenhang, unter anderem

- für (Nicht- oder Halb-)Entscheidungen zur eigenen Entwicklung von Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Blockchain oder Nanotechnologie;
- (Nicht- oder Halb-)Entscheidungen zur Sicherung mittel- bis langfristigen Ressourcen-Bedarfs; und
- (Nicht- oder Halb-)Entscheidungen zu neu aufzubauenden Sicherheits- und Schutzmechanismen in einer multipolareren und gefährlicheren Welt.

Gerade die Gefahren der multipolaren Welt aufgrund zusehends selbstbewußter und aggressiver autoritärer Staaten wurden mittels einer geradezu notorischen Vernachlässigung von Militär, Nachrichtendiensten, Sicherheitsstrategien und Sicherheitsinteressen vonseiten Volksparteien-Regierungen, darunter großer Koalitionen, jahrzehntelang weitgehend ignoriert. Damit aber blendeten Volksparteien die Bedürfnisse ihrer ureigsten, „mittleren“ Wählerschaft nach Stabilität, Sicherheit und „gesundem

Hausverstand“ aus. Die mehr oder weniger widerspruchslose, öffentlich verharmloste Überwachung des Mobiltelefons der deutschen Kanzlerin durch Verbündete oder die ausufernden Tätigkeiten fremder Geheimdienste in deutschen Städten, einschliesslich Auftragsmorden, blieben vielen Bürgern nicht verborgen. Sie deuteten auf eine überzogene „Konsensorientierung“ nach außen auf der Grundlage einer geradezu programmatischen Wehrlosigkeit hin, die in Stil und Inhalt gegenüber dem Verfassungsauftrag an Fahrlässigkeit grenzte. Auch hier bekam die von Kritikern zugeschriebene „Mitte- und Gemeinschaftspartei ohne klares Profil“: die Volkspartei vom Wähler die Hauptschuld an Versäumnissen zugewiesen, sei dies nun bewusst oder unterbewusst.

Wichtig: die Schuldzuweisung erfolgte nicht nur gegen Führungspersönlichkeiten, sondern zunehmend auch gegen die Auswahlprozesse dieser Führungspersönlichkeiten durch die Volksparteien. Dass zum Beispiel laut Ukraine-Botschafter Andrij Melnyk Kritik im Mai 2022 SPD-Bundeskanzler „Olaf Scholz Führungskraft und Courage fehlten“<sup>89</sup>, wurde von manchen Kritikern stärker systemisch aufgefasst als individuell. Es hat mit der Karriereproduktion innerhalb der deutschsprachigen Zentrumsparteien zu tun, die nach wie vor meist die Regierungsparteien stellen.

Ein zentraler Mechanismus an der Wurzel der außenpolitischen Versäumnisse war (und ist) die Tendenz von Volksparteien, ihre internen Mechanismen von Interessensausgleich, Schlichtung und Konsensfindung auf ihre Außenpolitik zu übertragen. Das geschah – und geschieht – bewusst und unbewusst. Es führt zu „mittleren“ Außenpolitiken, die oft weder Fisch noch Fleisch sind. Diese „lauwarmen“ Außenpolitiken, wie sie beispielhaft etwa die 16-jährige Merkel-Ära kennzeichneten, entsprechen zwar bis zu einem gewissen Grad dem „Mitte“-Auftrag europäischer Volksparteien. Sie wirken aber oft unentschieden und zahnlos, sobald sie die Grenze von innen nach außen überschreiten. Denn was für die Beziehung zwischen Wählern und Parteien innerhalb eines Landes gilt: eine prinzipielle Konsens- und Ausgleichsorientierung, kann nicht einfach auf die Beziehung zwischen Nationen und anderen Nationen übertragen werden

---

89 Der Tagesspiegel: „Extrem enttäuschend“. Melnyk wirft Scholz mangelnde Führungsstärke vor, 27.05.2022, <https://m.tagesspiegel.de/politik/extrem-enttaeus chend-melnyk-wirft-scholz-mangelnde-fuehrungsstaerke-vor/28379306.html>. Vgl. Der Spiegel: Ukrainischer Botschafter in Deutschland: Melnyk wirft Scholz Führungsschwäche vor, 27.05.2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/a ndrij-melnyk-ukrainischer-botschafter-in-deutschland-wirft-olaf-scholz-fuehrungss chwaeche-vor-a-33d85ccd-a229-4f72-9f2a-d3b3698a0206-amp>.

– vor allem nicht auf die weltpolitische Beziehung zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien.

Volksparteien tendieren jedoch dazu, ihre innere, strukturelle Kompromiss-, Verbindungs- und „Vermittungs“-Mentalität auf die Außenpolitiken ihrer Staaten zu übertragen. Das mag für Staatenallianzen wie die EU bis zu einem gewissen Grad angemessen sein, kann aber auf die Weltpolitik übertragen aufgrund der wachsenden Systemkonkurrenz zwischen offenen und geschlossenen Gesellschaften nicht (mehr) funktionieren.

Ein Beispiel dafür war eben die beschwichtigend-„milde“ Russland-Politik Merkels: ein Mix aus ihrer Herkunft aus dem russischen Einflussbereich (ehemalige DDR) und Glaube an die utilitaristische Friedensmaxime: „Nationen, die miteinander handeln und über ihre Wirtschaft vernetzt sind, führen keine Kriege gegeneinander“. Das war ein Fehlschluss, weil die Merkel-Politik, stellvertretend für andere europäische Volksparteien, ihre innenpolitischen Logiken nach außen trug – und dabei die „tieferen“ Glaubensmotive anderer Systeme, darunter Religion und Eschatologie, nicht ausreichend ernst nahm aus einem überzogenen Säkularismus eurozentrischer Natur heraus.

Diese Politik der Übertragung parteipolitischer Innenlogiken auf staatspolitische Außenlogiken kompensiert auch nach dem Ende der Merkel-Ära bis heute unbewußt strategische Defizite durch die mehr oder weniger bewußt „direkte“ Anwendung einfacher außenpolitischer – meist wirtschaftsorientierter – Maximen. Von ihnen übernimmt sie in der Regel meist die Typologien gerade aktueller und dabei zu ihren eigenen Entwicklungs- und Personalphasen passender Minimaltheoreme. Eben wegen nicht ausreichender Differenzierung zwischen partei- und innen- sowie außen- und weltpolitischen Logiken kam es in den 2020er Jahren zu „großen“ Fehlentwicklungen, die sich auf der Weltbühne auswirkten – wie zuletzt eben in Gestalt von Putins Ukraine-Krieg, der die deutschen und europäischen Wähler teuer zu stehen kommt und eine ganze Generation prägt.